

Pressemitteilung

Ansbach, 18. Juli 2016

Schwarz auf Weiß: Dienstauftrag des US-Militärs zur Bespitzelung Ansbachs Bürger und Politik
Wie umfassend ist die Überwachung: Wird das Handy der Oberbürgermeisterin abgehört?
Offene Linke: „Bevölkerung muss vor Katterbacher Spionagebrigaden geschützt werden“

Im „dienstlichen Auftrag“ hat die 66. Brigade des militärischen Geheimdiensts der US-Armee (Military Intelligence Brigade – MIS) in Katterbach Daten von mit der Offenen Linken Ansbach (OLA) im Internet in Kontakt getretenen Personen durchforstet, Screenshots deren persönlichen Facebook-Profilen angefertigt und die Ansbacher Polizei zur Verfolgung angeblicher Postings angetrieben. Das geht aus der OLA vorliegenden Unterlagen der 66. Geheimdienstbrigade (siehe Anhang) hervor. Im November 2013 hatte die Bundesregierung nach Bekanntwerden der NSA-Spionage in Deutschland eine Nutzung von US-Militärbasen für die Überwachung von Bundesbürgern nicht ausschließen können. Der Ansbacher Fall bestätigt nun bestehende Befürchtungen.

Hierzu erklärt die OLA-Fraktion im Ansbacher Stadtrat:

„Die NSA-Affäre bekommt jetzt auch ein kommunales Gesicht. Die Dokumente zeigen schwarz auf weiß: Der US-Geheimdienst in Katterbach bespitzelt gezielt Ansbacher Bürger und die Kommunalpolitik. Wie weit diese Überwachung geht, ist derzeit völlig unklar. Ob neben der OLA weitere Fraktionen betroffen sind oder das Handy der Oberbürgermeisterin abgehört wird, ist genauso wenig auszuschließen wie Industriespionage gegen einheimische Unternehmen.

Der Bund als Eigner der Kasernengelände tut gut daran, dem entstehenden Eindruck einer Besatzer-Mentalität im Ansbacher Nordosten aktiv zu begegnen. Das heißt konkret, jegliche Spionagetätigkeit von Katterbach aus zu unterbinden. Wir sind überzeugt, dass die Ansbacher Polizei für den Schutz der Ansbacher Bürger keine Hilfssheriffs der US-Armee braucht.

Vielmehr muss die Bevölkerung vor den Katterbacher Spionagebrigaden geschützt werden. Die US-Militärbasen sind keine rechtsfreien Räume. Die Konsequenz aus der Bespitzelung kann nur sein, die zivile Umnutzung von derzeit den Militärs überlassenen Liegenschaften verstärkt voranzutreiben. Ansbach hat weitaus bessere Ideen für eine positive Stadt- und Gesellschaftsentwicklung als die Beibehaltung eines gegen die Ansbacher Bevölkerung gerichteten Kriegs- und Schnüffelstandorts.“